

Weiter unten der Artikel aus dem NRhZ-Online-Flyer Nr. 220 vom 21. Oktober 2009
„Den Bürgern Haushaltslücken im dreistelligen Millionenbereich verschwiegen:
Wahlbetrug in Dortmund und Mülheim?“

Aktueller Online-Flyer Nr. 220 vom 22. Oktober 2009

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=14392>

Wegen „Wahlbetrug“ der OB soll Mülheimer Rat dem Kölner Beispiel folgen

Antrag auf „Bürgerhaushalt“

Von Peter Kleinert

Die desolante Haushaltssituation und dessen Verschweigen vor der Kommunalwahl werden womöglich in Dortmund zu Neuwahlen führen. Auch in Duisburg tauchte nach den Wahlen "plötzlich" ein Haushaltsloch von 300 Mio. Euro auf. Und dass es in Mülheim nicht viel besser aussieht, haben wir in dieser Ausgabe bereits am 21. Oktober berichtet. Die Mülheimer Bürger Initiativen (MBI) wollen nun in der nächsten Ratssitzung einen Antrag einbringen, der – wie bereits in Köln – den Bürgern in einem „Bürgerhaushalt“ ein Vorschlagsrecht in Haushaltsfragen einräumt.

Modellprojekt

Der MBI-Antrag für die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Mülheim am 29. Oktober hat folgenden Wortlaut:

„Das im Modellprojekt "Bürgerhaushalt NRW" (<http://www.buergerhaushalt.org/>) entwickelte Konzept definiert einen Bürgerhaushalt als ein Verfahren zur Beteiligung der Bürger/innen an der Aufstellung des kommunalen Haushaltes mit den Verfahrensschritten Information, Konsultation und Rechenschaft. Durch allgemeinverständliche Darstellung werden dabei die Einwohner/innen einer Stadt oder Gemeinde zunächst über den Haushalt informiert, durch vielfältige Beteiligungsformen möglichst viele Anregungen und Bewertungen zum Haushaltsentwurf des Kämmers eingeholt und schließlich deren Berücksichtigung bei dem vom Rat verabschiedeten Haushalt in einen Rechenschaftsbericht dargelegt.

Vorschläge, Anregungen, Bewertungen und Kommentare der Bürger/innen werden z.B. in Köln online im Internet oder schriftlich oder mündlich via Callcenter oder per E-Mail eingereicht. Die Kölner Verwaltung erstellt dann zu den jeweils 100 bestbewerteten Vorschlägen je Themenbereich eine Stellungnahme sowie - falls möglich - eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen. Diese Vorschläge werden in den Bezirksvertretungen und den zuständigen Fachausschüssen beraten und bei dem vom Rat verabschiedeten Haushalt bzw. in einem Nachtragshaushalt berücksichtigt.

Bereits für Etatentwurf 2010

Der Rat der Stadt Mülheim a.d. Ruhr möge beschließen: Die Verwaltung wird beauftragt, in der ersten Sitzungsfolge des neuen Rates, seiner Ausschüsse und der Bezirksvertretungen ein Konzept für einen "Bürgerhaushalt der Stadt Mülheim a.d. Ruhr" vorzustellen, das sich im Wesentlichen an dem Beispiel Köln orientiert. Das Konzept in der zugehörigen Beschlussvorlage sollte derart gestaltet sein, dass zumindest der Verfahrensschritt "Information" (s.o.) bereits mit der Einbringung des Etatentwurfs 2010 umgesetzt werden kann.“

Weitere Begründung:

„Helft eurer armen Stadt“ so der Titel eines Artikels in der Welt-Online vom 21.10.09 zum Thema Bürgerbeteiligung in Haushaltsfragen – „Immer mehr Kommunen in Finanznot suchen

bei ihren Bürgern Rat und Hilfe“ heißt es darin weiter. Die schlechte Haushaltslage auch in unserer Stadt macht es umso wichtiger, in dieser Situation zu mehr Beteiligung der Bürger/innen an den relevanten Beratungs- und Entscheidungsprozessen zu gelangen. Weitere Gründe für einen Bürgerhaushalt sind z.B. Transparenz verbessern, Problemlösungskompetenz steigern, Verantwortung für und Identität mit der Stadt stärken, Mitwirkung fördern, Politiker- und Bürgerverdrossenheit abbauen, Verwaltung modernisieren, Lobbyismus entgegensteuern und Bürgerschaftlichen Engagement unterstützen.

Als erste deutsche Großstadt führte Köln einen Bürgerhaushalt ("Deine Stadt - Dein Geld!") auf Basis des Neuen Kommunalen Finanzmanagements durch. Mit dem Pilotprojekt zum Bürgerhaushalt 2008 wurde dabei gleichzeitig „E-Participation“ als neuer Service der Stadtverwaltung eingeführt, der das Ziel verfolgt, Bürgerbeteiligung mit Hilfe des Internets effektiv, transparent und handlungsorientiert zu unterstützen. Köln hat damit ein national sowie international viel beachtetes Projekt zur Entwicklung einer modernen Bürgerkommune erfolgreich in die Tat umgesetzt. Dieser Weg wird durch Beschluss des Stadtrates getragen, fortgeführt und ausgebaut.“

„Unsere Stadt ist faktisch bankrott“

Mit der Begründung, sie habe z.B. den Grundsatz der sparsamen Haushaltsführung beim Abschluss eines Mietvertrages für das eigene Rathaus nicht eingehalten, hatte die Fraktion der Wählergemeinschaft MBI bereits im Sommer eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen SPD-Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld eingereicht. Begründung des Fraktionsprechers Lothar Reinhard in diesem Zusammenhang: „Unsere Stadt ist faktisch bankrott, hat aber formal einen ausgeglichenen Haushalt. Das liegt an Bilanzierungstricks. Mit der sogenannten Ausgleichsrücklage, die aus städtischem Eigentum, sprich, Straßen und Häusern besteht, werden Kredite abgedeckt. Diese Rücklage ist aber nicht real, denn man kann ja nicht einfach eine Grundschule verkaufen, um mit dem finanziellen Gegenwert Schulden zu bezahlen. Außerdem ist diese Rücklage fast vollständig aufgebraucht. Von dem fiktiven Geldwert, der in der Eröffnungsbilanz benannt wurde, sind vielleicht noch zehn Millionen übrig. Die nächste größere städtische Maßnahme würde uns sofort wieder in den Nothaushalt katapultieren. Das wird durch Umwegfinanzierungen verhindert.“

Prestigeobjekt Ruhrbania

Ähnliche Vorwürfe hinsichtlich Geldverschwendung macht die MBI der Oberbürgermeisterin auch bei deren Prestigeobjekt Ruhrbania. Der Fall liegt inzwischen unter dem Titel "EU-Vergabekommission vs. Stadt Mülheim" dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg vor. Dabei geht es u.a. um den vermutlich vergaberechtswidrigen Verkauf des Ruhrbania-Baufeldes 1 an die niederländische Investmentgesellschaft Reggeborgh, worüber sich die Wählergemeinschaft im April 2007 bei der EU-Wettbewerbskommission beschwert hatte. Mehr hierzu unter <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=14091>. (PK)

Aktueller Online-Flyer Nr. 220 vom 21. Oktober 2009

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=14380>

Den Bürgern Haushaltslücken im dreistelligen Millionenbereich verschwiegen

Wahlbetrug in Dortmund und Mülheim?

Von Peter Kleinert

Der Arnberger Regierungspräsident Helmut Diegel hat offiziell Einspruch gegen die Kommunalwahl in Dortmund vom 30. August eingelegt. Begründung: die „unzulässige Wahlbeeinflussung durch pflichtwidrige Nicht- und Falschunterrichtung des Rates und der Dortmunder Bürger“ über eine sich spätestens Ende Mai 2009 abzeichnende Haushaltslücke im dreistelligen Millionenbereich. Mülheims MBI-Fraktion fordert, der für ihre Stadt zuständige Düsseldorf-Regierungspräsident Jürgen Büsow solle dem Beispiel seines Kollegen folgen.



Regierungspräsident Helmut Diegel Quelle: www.bezreg-arnsberg.nrw.de

„Anstatt den Rat - und damit den Wahlbürger - über das Millionendefizit zu informieren und umgehend einen vorgeschriebenen Nachtragshaushalt einzubringen“, so RP Helmut Diegel, habe Dortmunds OB Dr. Gerhard Langemeyer entschieden, die Information über die Haushaltslücke „bis nach der Kommunalwahl zurückzuhalten“.

„Was aber ist oder war in Mülheim/Ruhr anders als in Dortmund?“ fragt der Fraktionssprecher der Mülheimer Bürger Initiativen (MBI) Lothar Reinhard in einem u.a. an Düsseldorfs RP Jürgen Büssow gerichteten offenen Brief. „Haben Frau OB Mühlenfeld und Kämmerer Bonan etwa den Rat und die Mülheimer Bürger "pflichtgemäß über die sich abzeichnende Haushaltslücke unterrichtet"?? Oder hätten die nicht auch "unzulässige Wahlbeeinflussung durch pflichtwidrige Nicht- und Falschunterrichtung" betrieben?“

Einerseits - andererseits

Auf MBI-Anfrage habe der Kämmerer im Finanzausschuss (FA) am 15. Juni mitgeteilt, dass bis zum 1. Juni bereits 362 Mio. Euro Kassenkredite aufgenommen werden mussten, weit über 50 Mio. mehr als im Jahr zuvor. Spätestens im Juni hätte er deshalb "pflichtgemäß" einen Nachtragshaushalt aufstellen müssen. Andererseits habe Bonan aber gleichzeitig behauptet, „die Abweichungen vom Planansatz 2009 können zurzeit noch nicht beziffert werden“ und: „Das Haushaltsdefizit 2009 übersteigt die Ausgleichsrücklage nicht. Es wird derzeit auch nicht damit gerechnet. Eine Anzeige gegenüber der Finanzaufsicht ist deshalb nicht notwendig.“ Lothar Reinhard in seiner aktuellen Mitteilung: Genau so wie die enorme Haushaltslücke in Dortmund bereits Ende Mai erkennbar und dem Verwaltungsvorstand bekannt war, könne dies in Mülheim nicht anders gewesen sein. Also hätten Kämmerer und seine OB auch darauf reagieren müssen.

Bürger als Geiseln

Sie taten genau das Gegenteil: Noch am 24. August behauptete die zur Wiederwahl angetretene Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld in einer Podiumsdiskussion der beiden Kirchen mit den sieben OB-Kandidaten im Tagungszentrum Altenhof, das Defizit für 2009 betrage nur 45 Mio. Euro - exakt die dafür vorgesehene Zahl aus dem Etat 2009. Was aber den Fall Mülheim noch gravierender mache als Dortmund, sei, so Lothar Reinhard, „dass dieser unhaltbare Zustand nun auch noch bis ins nächste Jahr hinein verlängert werden soll. Um den Anschein eines weiter "ausgeglichenen" Haushalts vorzutäuschen, soll der Etat 2010 erst Mitte 2010 verabschiedet werden. Reinhard: „Das aber würde bedeuten, dass die Stadt Mülheim weit über ein Jahr trotz Wirtschaftskrise und Riesen-Haushaltsloch Untätigkeit an den Tag legt und einfach weiter macht, als gäbe es das alles nicht. Jeder Privatperson würde die Bank bei einem derartigen Verhalten das Konto sperren. Doch eine Stadt hat ja ihre Bürger als Bürgschaft bzw. Geiseln. Die werden das umso bitterer ausbaden müssen, je länger seriöse Haushaltsführung unterbleibt, einzig um weiter Geld ausgeben zu können, das die Stadt schon länger nicht mehr hat.“ Eine Haushaltssperre sei also lange überfällig gewesen.

Doch Nothaushalt?

Vor ein paar Tagen - die Wahlen sind ja vorbei - hat Mülheims Kämmerer Bonan in einem WAZ-Interview genau dies zugegeben: „Ein Nothaushalt droht in jedem Fall für 2010; für 2009 kann ich es nicht ausschließen.“ Gleichzeitig wollen er und seine OB aber ihre vielen

laut Reinhard „finanziell unseriösen Projekte“ wie Ruhrbania, Zukunftsschule, Stadionumbau, Naturbad, Kübelböcken, über die die NRhZ gelegentlich berichtete, weiter durchziehen (s. u.a. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=14091>), während die Gewerbesteuer der exportorientierten Stadt total eingebrochen ist. Für Warnungen wie diese hatte Dagmar Mühlenfelds SPD-Parteifreund Dieter Wiechering den MBI-Sprecher noch im Dezember 2008 in den Blättern NRZ und Mülheimer Woche als "selbsternannten Weltökonom" beschimpft und ihm ein "Sammelsurium aus Unterstellungen und Platitüden" vorgeworfen.



Jürgen Büssow NRhZ-Archiv

Man darf gespannt sein ob Regierungspräsident Büssow, der wie Dagmar Mühlenfeld SPD-Mitglied ist, sie und ihre Beamten im Rathaus die Stadt zugunsten ihrer umstrittenen Bauprojekte und deren Investoren ungestört weiter machen lässt, oder ob er wie sein CDU-Kollege aus Arnsberg, in Dortmund ebenfalls Einspruch gegen die Kommunalwahl wegen „unzulässiger Wahlbeeinflussung durch pflichtwidrige Nicht- und Falschunterrichtung des Rates und der Mülheimer Bürger" einlegen wird. Helmut Diegel ist das natürlich leichter gefallen als Büssow. Der ist nämlich CDU-Mitglied und Dortmunds OB Langemeyer in der SPD. (PK)

MBI-Presseerklärung zur Meldung in der Mülheimer Woche vom 25./26. Feb. 2009:
Überschrift "Haushalt 2009 von RP Büssow ohne Beanstandungen frei gegeben"

Wie bitte? Haushalt in Ordnung? Solide Finanzpolitik?

Im folgenden einige Erklärungen, wie der ganze mehr als bedenkliche Bluff zustande kam. In Wirklichkeit ist der Mülheimer Etat nämlich eine Riesenkatastrophe!

Bonans Worte klingen ja gut und seriös, haben aber mit der Realität nichts zu tun! Denn:

- 1. Bonan hat dem RP einen "ausgeglichenen" Haushalt mit "Nettoneuverschuldung 0" angezeigt. Der brauchte also auch nichts zu prüfen. Ergo: "ohne Beanstandung frei gegeben"**
- 2. Der Haushalt hat zwar ein Minus von knapp 50 Mio., er ist aber einzig deshalb "ausgeglichen", weil zum letzten Mal die fiktive sog. "Ausgleichsrücklage" gegengerechnet wird, die bei der Umstellung der Bilanzierung auf NKF (doppelte Buchführung) mit der Eröffnungsbilanz entstand. Da aber nichts "zurückgelegt" ist und auch nichts zum "Ausgleich" von Schulden mobilisiert werden kann, ist der Haushalt real nicht ausgeglichen. Zum dritten Mal hintereinander lügt sich Mülheim so aus dem Nothaushalt heraus. Doch auch die vor 3 Jahren mit NKF bilanzierte fiktive "Ausgleichsrücklage" ist nun "aufgebraucht".**
- 3. Deshalb durfte der Etat 2009 auch "nur" weniger als 50 Mio neue Schulden aufweisen, weil das der Rest der virtuellen "Rücklage" ist. Daher hat Bonan den Haushalt so gestrickt, dass eben nur 46 Mio. neue Schulden auf dem Papier stehen.**
- 4. Im Etatenwurf ging das dann so: Bonan setzte bei Gewerbesteuereinnahmen bis 2012 jährlich noch einen Zuwachs von jeweils weiteren ca. 10 Mio. Euro an, von 150 Mio. in 2008 auf 189 Mio. Euro 2012. Nicht vergessen: Die letzten 3 Jahre hatten der Stadt Mülheim wegen des hohen Exportzuwachses absolute Rekordeinnahmen bei Gewerbesteuer beschert! Ohne die wären auch die o.g. fiktiven Ausgleichs"rücklagen" längst verbraucht gewesen.**

Die Bonansche Annahmen waren auch ohne Wirtschaftskrise bereits reines Wunschenken!